

Westerhoff, Horst-Dieter

Working Paper

Einige Anmerkungen zur mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

Diskussionsbeitrag, No. 151

Provided in Cooperation with:

University of Duisburg-Essen, Institute of Business and Economic Studie (IBES)

Suggested Citation: Westerhoff, Horst-Dieter (2006) : Einige Anmerkungen zur mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, Diskussionsbeitrag, No. 151, Universität Duisburg-Essen, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Essen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/32098>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Diskussionsbeiträge
aus dem
Fachbereich
Wirtschaftswissenschaften
der
UNIVERSITÄT DUISBURG – ESSEN
Campus Essen

Nr. 151

**Einige Anmerkungen zur mittelfristigen
Wirtschaftsentwicklung in Deutschland**

Horst-Dieter Westerhoff

Universitätsstraße 12
45117 Essen

Einige Anmerkungen zur mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

Horst-Dieter Westerhoff

Oktober 2006

Gliederung	Seite
1. Einleitung	3
2. Die internationalen Gegebenheiten	3
2.1. Eine Fehlinterpretation	3
2.2. Neue Wettbewerber	5
2.3. Das Energieproblem	7
3. Gesellschaftliche Tendenzen in Deutschland	10
3.1. Wissen als „deutscher Rohstoff“	10
3.2. Die Altersstruktur	11
3.3. Belastungen der kommenden Generationen	13
4. Lösungsansätze in der Diskussion	14
4.1. Höhere Geburten	14
4.2. Höhere Zuwanderung	14
4.3. Arbeitslosigkeit und Arbeitsqualifikation	16
4.4. Verlängerte Arbeitszeiten	19
4.5. Höhere Erwerbsquoten	20
4.6. Steigerung der Produktivität	21
5. Chancen der Problemlösung	22
5.1. Die öffentlichen Haushalte	22
5.2. Die Folgen des Wohlfahrtsstaates	25
6. Zusammenfassung	25

1. Einleitung

Die aktuelle Situation in der deutschen Wirtschaft ist nicht berauschend gut, aber doch beruhigend. Die in der Großen Koalition eingeleiteten Reformen kommen nur langsam voran oder stocken. Eine Beurteilung aktueller Maßnahmen fällt noch schwer. Es ist daher reizvoll, den Blick weiter nach vorne zu richten, über den laufenden Konjunkturzyklus und die laufende Legislaturperiode hinaus. Was geschieht in den nächsten 10 – 15 Jahren? - eine Zeit, die die meisten der Leser noch erleben werden. Das ist auch deshalb reizvoll, weil perspektivisches Denken in Deutschland manchmal etwas unterentwickelt ist. Augenblicksdenken herrscht vor. Viele Ereignisse werden auch vielfach unkommentiert nebeneinander gestellt, ohne die wirtschaftlichen Verknüpfungen und Abhängigkeiten zu erkennen und zu benennen.

Im Folgenden soll daher auf einige Aspekte der mittelfristigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt der Globalisierung eingegangen werden, die mir wichtig erscheinen und die auf das Engste miteinander verbunden sind.

Es sind Betrachtungen, die zukünftige Entwicklungen aufzeigen. Heute absehbare Trends werden in die Zukunft verlängert. Sie treten ein, wenn politisch nicht gehandelt wird. Es sind so genannte „Status quo Betrachtungen“.

Es wird sich zeigen, dass wir in einer historischen Umbruchzeit leben und dass der Reformbedarf in der Perspektive riesengroß ist. Vom „Abstieg einer Nation“ zu sprechen, wie dies in einem Spiegel-Artikel geschah, ist übertrieben. Wir müssen allerdings aufpassen, dass die Basis für unseren Wohlstand von morgen nicht erodiert. Es wird zwar häufig der Eindruck erweckt, es würde politisch viel bewegt in der Republik. In Wirklichkeit sind das aber kleinste Schritte. Dagegen ist nichts einzuwenden, wenn die notwendigen Veränderungen stetig vorangehen. Wogegen man sich allerdings wenden sollte, ist reine Symbolpolitik, wie das vor einigen Jahren eingeführte Dosenpfand oder die kürzlich in der Koalition vereinbarte „Reichensteuer“.¹

Wichtig in solchen Umbruchzeiten ist aber auch zu erkennen, dass die Möglichkeiten der Politik oftmals begrenzt sind. Sieht man z.B. das Ergebnis der letzten Bundestagswahl, so sind die Möglichkeiten der Regierung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner der beiden großen Parteien begrenzt. Es gibt aber auch objektive Grenzen, wie sie z.B. durch die Globalisierung aufgezeigt werden. Die kann man nur überwinden einen tief greifenden Bewusstseinswandel in der Bevölkerung. Zumindest kann man heute behaupten, dass die Spaß- und Freizeitgesellschaft sich ihrem Ende zuneigt, auch wenn es noch nicht alle gemerkt haben.

Im Folgenden werden keine umfassenden Lösungen angeboten, lediglich gibt es Hinweise auf bestimmte Maßnahmen oder es werden Richtungen angezeigt, die der Verfasser für notwendig hält.

2. Die internationalen Gegebenheiten

2.1. Eine Fehlinterpretation

¹ Wobei die Reichensteuer nicht allein eine reine ideologische Symbolpolitik ist, sondern auch die geplante Unternehmenssteuer konterkariert.

Die deutsche Wirtschaft handelt heute und in Zukunft in einer globalen Welt. Das zentrale Thema Globalisierung stellt sozusagen den Ausgangspunkt der Betrachtungen über Entwicklungen in der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft dar.

Globalisierung in deutschem Sinne ist zunächst die Tatsache, dass der deutsche Außenhandel um ein Vielfaches stärker wächst als die Produktion. Die Wachstumsraten des Exports sind vier bis fünf mal so groß wie die der Produktion. Der Handelsbilanzüberschuss betrug allein im letzten Jahr 160 Milliarden Euro, wovon wir allerdings allein 50 Milliarden Euro für den Urlaub im Ausland ausgegeben haben. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass wir „Exportweltmeister“ seien und dies ein schlagender Beweis der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sei. Immerhin vereinigen wir ca. 10 Prozent des Welthandels auf uns. Deutschland habe allein ein internes Nachfrageproblem, das durch höhere Staatsausgaben und höhere Löhne zu lösen sei.

Dies ist nur die halbe Wahrheit, wie vieles heute in Deutschland: Wir sind nur beim Warenverkehr Weltspitze. Rechnet man die heute mindestens so bedeutsamen Dienstleistungen hinzu, sind wir keineswegs Spitzenreiter. Beim Dienstleistungsexport sind wir relativ eines der Schlusslichter der Industrienationen. Unter Berücksichtigung der Dienstleistungen geht der Spitzenplatz an die USA, wie die Deutsche Bundesbank in ihrem diesjährigen März-Bericht feststellte. Außerdem ist die Höhe des Exportes kein Hinweis auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft insgesamt, sondern nur der deutschen Exportwirtschaft.

Die vor einigen Jahren vom Ifo-Institut München aufgestellte Vermutung, die deutsche Wirtschaft entwickle sich hin zu einer „Basar-Ökonomie“, hat heftige Diskussionen und Widerspruch ausgelöst. Sie besagt, dass immer weniger Wertschöpfung in Deutschland produziert werde und dass deshalb in unseren Exporten immer mehr Vorleistungen aus dem Ausland enthalten sind, die nur noch mit dem Label „made in Germany“ versehen werden. Wir werden zu einer Handelsnation. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat dazu errechnet, dass der Importanteil an deutschen Exporten zwischen 1991 und 2002 von knapp 27 Prozent auf 39 Prozent gestiegen ist. Von dem wachsenden Outsourcing seien alle wichtigen Industriezweige betroffen, an erster Stelle allerdings die Bekleidungsindustrie, bei der der Importanteil der Exporte von 51 Prozent auf 82 Prozent gestiegen ist.

Dies bedeutet für die deutsche Volkswirtschaft:

- Die hohen Exporte sind ein ungeeigneter Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und für die Qualität des Standortes.
- Bei uns wird immer weniger produziert und es fallen immer mehr Industriearbeitsplätze weg. Es gibt erste Zeichen einer Deindustrialisierung und Zeichen zur Entwicklung zu einer „verlängerten Werkbank“. Die Produktionstiefe nimmt ab. Dies sind Indizien, wie wir sie eher bei kleinen bzw. unterentwickelten Volkswirtschaften vermuten.
- Im Ausland werden Vorprodukte in ausreichend guter Qualität produziert. Und das heißt, dass Vorprodukte aus Deutschland verstärkter Konkurrenz aus dem Ausland ausgesetzt sind.
- Die Importe stammen häufig von deutschen Unternehmen, die ihre Produktion ins Ausland verlegt haben.
- Die Kritiker der Basar-Ökonomie befinden sich allerdings in einem Widerspruch: einerseits wird beklagt, dass Unternehmen ins Ausland gehen, andererseits wird bezweifelt, dass die ausgewanderten Unternehmen nach Deutschland exportieren. Plausibel ist, dass die Unternehmen ihre Waren auf dem deutschen Markt absetzen, denn den kennen sie besonders gut.

Fest steht aber: Wir werden immer stärker in die Weltwirtschaft integriert. Dies ist nicht nur beim Handel und bei den internationalen Direktinvestitionen zu sehen, sondern auch bei unserer internationalen Unternehmensverflechtung, wie man auch der Tabelle 1 entnehmen kann.

Wie kein zweites Land der Welt sind unsere Unternehmen weltweit tätig und damit auch anfällig für Störungen von außen. Denn die deutsche Rechtsordnung und der staatliche Schutz reicht nur bis an unsere Grenzen.

Auch wenn wir eine Spitzenstellung im Außenhandel mit Waren haben, so ist dies keineswegs ein Ruhekitzel. Hohe Steuerlasten, weltweit höchste Nebenkosten, weltweit niedrigste Arbeitszeiten, erschwerte Finanzierungsmöglichkeiten – Stichwort Basel II für den Mittelstand -, bürokratische Hemmnisse, Inflexibilitäten an allen Orten behindern uns. Nicht zu Unrecht wird deshalb eine andauernde Abwanderung deutscher Unternehmen ins Ausland beklagt – mit entsprechenden wirtschaftlichen Folgen und politischer Kritik.

Tabelle 1
Wichtige Sitzländer transnationaler Unternehmen

	Zahl der Stammfirmen	Zahl der ausländischen Zweigbetriebe	Referenzjahr
Deutschland	7.560	12.566	1991
Japan	3.640	3.125	1992
Schweden	3.529	2.400	1991
Schweiz	3.000	4.000	1985
USA	2.972	15.341	1991
Frankreich	2.218	7.610	1991
Niederlande	1.608	2.259	1993
Großbritannien	1.467	3.894	1992
Kanada	1.396	6.328	1992
Finnland	1.300	1.300	1993
Südkorea	1.049	3.671	1991
Australien	1.036	3.695	1992

Diese Liste enthält weltweit insgesamt 37.530 transnationale Unternehmen mit 206.961 Zweigbetrieben in Drittländern, davon entfallen 34.280 bzw. 87.831 Unternehmen auf Industrieländern, 2850 bzw. 97.330 Unternehmen auf Entwicklungsländer und 400 bzw. 21.800 Unternehmen auf Mittel- und Osteuropa. Quelle: Unctad, World Investment Report 1994.

2.2. Neue Wettbewerber

Globalisierung heißt für uns zunächst „Europäisierung“. Denn nach wie vor werden mehr als 60 Prozent unseres Außenhandels mit Ländern der Europäischen Union abgewickelt. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass immer neue ernsthafte Konkurrenten auf den Weltmärkten und auch in Europa erscheinen. Asien emanzipiert sich. Das sehen wir im militärischen und politischen Bereich an Nord-Korea oder Iran. Wir sehen es im wirtschaftlichen Bereich am augenfälligsten bei China und Indien. Früher waren diese Länder lediglich Absatzmärkte, dann wurden sie zu Wettbewerbern, heute entwickeln sie sich mehr und mehr zu einer Herausforderung und zu einer Gefährdung. Diese manifestieren sich bereits: Indien z.B. forderte die befristete Beschäftigung indischer Spezialisten in Deutschland.

Was mit den „Tigerstaaten“ Korea, Thailand usw. vor mehr als zwei Jahrzehnten begann, wird heute fortgesetzt von den „neuen Tigerstaaten“ China, Indien und auch Brasilien, die schon aufgrund ihrer reinen Bevölkerungsgröße anders zu bewerten sind. Sie vereinigen immerhin mehr als 41 Prozent der Weltbevölkerung auf sich. Diese Länder verzeichnen seit geraumer Zeit Wachstumsschübe von 7 und mehr Prozent pro Jahr. Dies sind Hausnummern, die imponieren. Sie zeigen aber nur sehr abstrakt die Entwicklung. Viel deutlicher und plakativer sind beispielsweise die folgenden Zahlen:

- China besitzt die größten Währungsreserven der Welt. Damit verfügt China über eine große Macht auf den Weltkreditmärkten. Der größte Schuldner sind die USA. Diese Entwicklung wird nicht auf Dauer so weiter gehen können und hier lauern gefährliche Konflikte für die Weltwirtschaft.²
- Bei einigen Produkten ist das Land bereits Weltmarktführer. Das reicht von PC-Konsolen bis zu Seidenkrawatten. Allerdings werden 59 Prozent des chinesischen Exports durch 100% Töchter ausländischer Firmen durchgeführt. Nicht vergessen sollte man, dass China bereits um 1800 mehr als ein Drittel des Welthandels auf sich vereinigte.
- Die Sparquote liegt bei ca. 50%. Und die Ersparnisse einer Volkswirtschaft sind gleichzeitig ihre Investitionen. Das bedeutet Beschäftigung und Technologie.
- Gegenüber China hat Deutschland ein Handelsbilanzdefizit, obwohl China die Einfuhrzölle von ca. 40% auf durchschnittlich 6% gesenkt hat.
- Im kommenden Jahr wird China Deutschland vom Platz der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt ablösen.
- 260.000 Ingenieure verlassen jährlich die Hochschulen.
- In Schanghai gibt es ca. 4.000 Hochhäuser, in New York ca. 2.000.
- China hat ca. 40 Millionenstädte, 400 Millionen leben in Städten.
- In China gab es vor zehn Jahren ca. 65.000 PKW-Zulassungen. Im vergangenen Jahr waren es 2,5 Millionen. Damit ist nicht ganz das Niveau von Deutschland erreicht. Betrachtet man das Bruttoinlandsprodukt, so ist Deutschland bereits erreicht.

In Indien liegen die Verhältnisse ähnlich. Das Land hat allerdings lange gezögert, die Globalisierung anzugehen. Und hat sich abgeschottet.³

Die rasante Entwicklung ist allerdings verbunden mit Problemen, allerdings Problemen, die offensichtlich nur wir als solche sehen, denn sie begründen den rasanten Aufschwung in Indien und China. Die wichtigsten sind:

- Es gibt große soziale Probleme. In China und Indien existieren hight-tech-Generationen (yuppies) und dritte Welt unmittelbar nebeneinander. So rechnet man mit ca. 40 Millionen Wanderarbeitern in China, also Leuten, die über Land ziehen und ihre Arbeitskraft anbieten. Dem ist aber entgegen zu halten: Die Leidensfähigkeit der Bevölkerung in China und auch in Indien ist sehr hoch. Die soziale Absicherung liegt bei den Familien, nicht bei staatlichen Institutionen. Oder aber sie findet überhaupt nicht statt. Gleichzeitig lassen sich soziale Änderungen nicht leugnen. Früher bestimmten die führenden Familien den sozialen Aufstieg, heute ist auch Bildung als Karrieremittel, wobei Indien eine höhere Bildung als China hat.
- Gleiches gilt für die Umweltprobleme, z.B. die brennenden Kohleflöze. Hier wird eine riesige Verschwendung an Ressourcen betrieben zu Gunsten der preislichen Konkurrenzfähigkeit.

² Es soll nicht verschwiegen werden, dass ein wesentliches Mittel zum Aufbau dieser Währungsreserven eine dauernde Unterbewertung der chinesischen Währung ist.

³ Bemerkenswert ist auch, dass sich die politischen Beziehungen der beiden Länder verbessert haben.

- Probleme mit Infrastruktur, Straßen, Wasserversorgung
- Spannung zwischen einer unkontrollierten kapitalistischen Wirtschaft und einem autoritär kommunistischen politischen System. In Indien haben wir seit mehr als einem halben Jahrhundert eine stabile Demokratie, gleichzeitig aber den Sozialismus in der Verfassung festgeschrieben. 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts läuft über den Staat, eine Situation, ähnlich wie bei uns.
- Der geistige Diebstahl behindert die ausländischen Investitionen in China, viele Unternehmen geben nur noch Technologie nach dort, die mindestens fünf Jahre alt ist. Diese Länder haben einen anderen kulturellen Hintergrund. Wettbewerbspositionen werden rigoros ausgenutzt, wie z. B. auch die 70er und 80er Jahre zeigen, als Japan zur Weltspitze aufholte. Die dauernde Verletzung von Marken- und Patentrechten durch China ist ebenfalls ein Beispiel dafür. Verstärkt wird dies durch ein fehlendes Unrechtsbewusstsein. In China z.B. gilt die Imitation einer Sache als ein Zeichen hoher Anerkennung und Bewunderung des Imitierten. In England wurde über mehrerer Jahre hin ein speziell auf die chinesischen Bedürfnisse abgestelltes Motorrad konstruiert. Als es dort eingeführt war, gab es nach wenigen Monaten bereits Imitationen, die in 69 nachgewiesenen Firmen baugleich produziert wurden.
Bei ihrem letzten Besuch in China und auch beim Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten in Berlin im September sah sich die Bundeskanzlerin veranlasst, bei der chinesischen Regierung auf eine Abstellung dieser Missstände zu drängen. Man geht nicht fehl in der Annahme, dass dies überhaupt nichts bewirken wird. Der geistige Diebstahl wird erst dann aufhören, wenn China selbst weltmarktfähige Patente entwickelt.

Es fehlt ein geschlossenes Konzept der Wirtschaftspolitik der EU und auch Deutschlands gegenüber den Herausforderungen aus Asien und gegenüber China im besonderen. Bei uns wird auch keine Debatte darüber geführt. Das geht auch anders: Der letzte Gouverneur von Hongkong Patten zweifelt in diesem Zusammenhang das Konzept des freien Handels an. Als Begründung werden genau die oben angeführten Probleme dieser Länder genannt. Damit wird zumindest eine Diskussion eröffnet.

2.3. Das Energieproblem

Zu dem Importen gehören auch Rohstoffe. Deutschland ist ein rohstoffarmes Land, und wir sind auf den Bezug von Rohstoffen aus aller Welt angewiesen. In dem Maße wie immer mehr Konkurrenten für unsere Produkte auf den Weltmärkten auftauchen, konkurrieren wir auch mit ihnen um Rohstoffe, z.B. um eine ausreichende und sichere Energieversorgung.

In Deutschland wird zur Wärme- und Krafterzeugung viel Gas verbraucht. Deshalb soll dieser Bereich beispielhaft herausgegriffen werden. Die technische Verfügbarkeit von Gas ist noch für ca. 60 - 75 Jahre gesichert. Optimistische Schätzungen reichen sogar bis max. 100 Jahre - dies obwohl der Energieverbrauch bis 2030 um 100 Prozent steigen soll.

Diese optimistische Beurteilung ist bezüglich der wirtschaftlichen Verfügbarkeit von Gas nicht mehr gleichermaßen gegeben. Dort lauern viele Probleme:

- Der Verbrauch und die Förderung liegen räumlich weit auseinander. Die Entfernungen reichen bis zu max. 4.000 km. Deshalb sind die Transportkosten für diesen Rohstoff im Vergleich zu anderen Energieträgern hoch. Europa und Deutschland sind dabei noch gut dran. Andere Länder wie Japan oder China sind deutlich stärker benachteiligt.

- Die Förderländer sind unterkapitalisiert, d.h. sie sind aus eigenem Vermögen nur begrenzt in der Lage, das Gas zu fördern. Schätzungen gehen von einem Finanzbedarf in nächster Zukunft von bis zu 200 Mrd. Dollar pro Jahr aus. Diese Gelder werden zum Teil auch von den Nachfragern zu tragen sein.
- Ebenfalls fehlt in diesen Ländern eine eigenständige entwickelte Fördertechnologie, so dass auch hier ausländische Hilfe notwendig ist. Für Deutschland ist dies ein Wettbewerbsnachteil. Denn bei uns gibt es keine ausgeprägte Energieforschung im Bereich Gas. Wir können hier nicht mit den Lieferländern Kompensationsgeschäfte – Gas gegen Technologie - machen. Der Grund liegt darin, dass wir - wie auch im Bereich Mineralöl - keinen nationalen Global Player haben.
- Bei Gas gibt es einen knallharten globalen Wettbewerb. Erinnert sei nur an den Gastanker, der zur Eröffnung des neuen Gasterminals nach Antwerpen unterwegs war. Auf dem Weg zu den Eröffnungsfeierlichkeiten änderten sich die Weltgaspreise, so dass der Tanker in die USA umgeleitet wurde. Die Gäste in Antwerpen schauten etwas irritiert und mussten die Eröffnung ohne Tanker feiern.
- Russlands wirtschaftliche Ziele in Europa sind eindeutig: Es will Zugang zu den Endverbrauchern in den Abnehmerländern haben. Das war das Ziel der horrenden Preisforderungen und der Sperrung der Gaslieferungen in die Ukraine Anfang dieses Jahres. In Spanien und in Großbritannien sind ebenfalls bereits Versuche in diese Richtung gestartet worden. Wer über die gesamte Lieferkette verfügt, bestimmt natürlich den Preis in viel stärkerem Maße, als wenn er nur Lieferant bis an die Landesgrenze ist.
- Die Ambitionen Russlands, in der Wirtschaft Europas umfassend Fuß zu fassen, sind offensichtlich. Diese zeigt sich auch bei der Übernahmeschlacht um das Luxemburger Stahlunternehmen Arcelor – ein für die deutsche Wirtschaft wichtiger Sachverhalt. Hier kann man noch wetten, ob demnächst die Inder (Mittal Steel), oder die Russen (Severstal) eine erste Geige auf dem Weltstahlmarkt spielen. Bei der zweiten Variante ist die personelle und politische Nähe des Unternehmens zum russischen Präsidenten unübersehbar. Und diese ist keineswegs der erste Versuch, auf dem europäischen Stahlmarkt aktiv zu werden, denn die Russen kauften bereits ein erstes Stahlwerk in England.

Weitgehend von der deutschen Öffentlichkeit unbemerkt hat eine russische Staatsbank versucht, sich beim deutsch- französischen Airbusunternehmen einzukaufen. Dieses Unternehmen produziert nicht nur zivile Flugzeuge sondern auch militärische Güter. Dies war der zentrale Gesprächspunkt des Treffens von Frau Merkel mit dem französischen und russischen Präsidenten in Frankreich Mitte September.

Entscheidend für unsere Rohstoffversorgung – auch mit Gas - ist nicht allein die technische und wirtschaftliche, sondern die politische Verfügbarkeit. Heute werden weniger Waffen eingesetzt um Macht auszuüben. Die Verfügbarkeit über Rohstoffe und Energie ersetzt sie. Die Mittel sind Preise, Mengen, Lieferbedingungen und Eigentumsrechte, wie zuletzt die Verstaatlichung der Ölindustrie in Bolivien zeigt.

Energiepolitik ist deshalb auch Machtpolitik. Das Verhalten von Russland und China z. B. in der Frage der Eindämmung des Völkermordes im Sudan und ihre Stellung zum iranischen Atomprogramm hat auch eine energiepolitische Komponente. China bezieht immerhin ca. 10 Prozent seiner Ölimporte aus dem Sudan. Das Dreieck Russland, China Iran kann sich zukünftig durchaus zu einer wirtschaftlichen und politischen Gefahr für uns entwickeln.

Das politische „Erpressungspotential“ der Lieferländer wird dadurch erhöht, dass etwa 50 Prozent der Gas-Reserven in den GUS-Staaten und im Nahen Osten - in der so genannten „E-

lypse“ liegen. Für Gas gibt es keine alternativen Lieferregionen, wie es sie z.B. für Öl und insbesondere für Kohle gibt. Hier liegt ein typisches Angebotsoligopol vor,

Diesem verstärkten Machtstreben steht allerdings entgegen, dass heute die gegenseitige wirtschaftliche und politische Abhängigkeit zwischen Lieferanten und Verbraucher größer als in der Krise der 70er Jahren ist. Heute sind die Lieferländer verstärkt an einer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung interessiert. Und es wurden mit dem Verdienst aus Energieverkäufen verstärkt Investitionen in Verbraucherländern getätigt. Russland verfügt über viel Geld wegen der explodierenden Energiepreise. Die Lieferländer sind ihrerseits auch an ausländischen Direktinvestitionen interessiert. Deshalb wird Außenpolitik heute mehr und mehr zur Wirtschaftspolitik.

Aus dem bisher Gesagten folgt: Auch in Zukunft werden die Energiepreise steigen. Es ist denkbar, dass die Kosten für Energie in vielen Branchen demnächst höher sein werden als die Lohnkosten. Was ist zu tun?

- Ein geschlossenes Energiekonzept für eine sichere, preiswerte und umweltgerechte Energieversorgung für Deutschland fehlt. Die rot-grüne Bundesregierung hat zwar den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Auf die Frage, wie die Energieversorgung langfristig gesichert werden soll, hat sie die Antwort verweigert. Energiesparen hieß das Zauberwort. Aber auch da hat man kein geschlossenes Konzept vorgestellt. Ein nationales Energiekonzept muss entwickelt werden.
- Die Energiepolitik der Europäischen Union ist nach wie vor von Dirigismus, Überregulierung, Bürokratie geprägt und nicht durch Wettbewerb.
- Lieferverträge gehen über 20 und mehr Jahre. Energiepolitik für eine sichere Versorgung ist Langfristpolitik. Deshalb sind ein verlässliches Rechtssystem, wie es die WTO bietet und die Öffnung der Märkte auf Gegenseitigkeit so wichtig. Leider stagniert die laufende Welthandelsrunde – die so genannte Doha-Runde - seit mehreren Jahren und ist vorerst gescheitert: sie „schläft“ im Wortgebrauch der Diplomaten. Sie hoffen auf eine Chance der Wiederaufnahmen der Gespräche nach den Wahlen in den USA im November.
- Deshalb müssen schon heute die Alternativen für die Zeit in 50 – 60 Jahren gefunden werden. Derzeit sind ca. 50.000! chinesische Experten in Afrika unterwegs um auszuloten, wie die Rohstoffversorgung Chinas in Zukunft mit Hilfe afrikanischer Ressourcen sichergestellt werden kann. Die Chinesen haben bei diesem Wettlauf Vorteile: sie haben keine koloniale Vergangenheit, sie sind ein Schwellenland, sie sind Nichtweiße. Menschenrechte sind ihnen im Unterschied zu uns weitgehend gleichgültig. Sie treffen sich in dieser Position mit manchen Machthabern in Afrika. Daraus folgt, dass sie leicht den Eindruck erwecken können, sie würden im gleichen Boot sitzen. Manches ist deshalb leichter für sie. Übrigens: auch unser bescheidenes militärisches Engagement im Kongo zielt nicht zuletzt auch in diese Richtung.
- Die Suche nach Alternativen sollte auch im eigenen Land stattfinden. Sie sollten gefördert werden, nicht aus Liebe zu den Grünen oder aus Angst vor dem Atom, sondern aus Gründen einer sicheren Energieversorgung. Alternative, heimische und derzeit abgeschaffte Energieträger gehören in einen zukunftsfähigen Energiemix.
- Zu den wirtschaftlichen Problemen, die beim Gas immer wieder diskutiert werden gehört, dass die Gaspreisbildung bei uns an den Ölpreis gekoppelt ist. Dies wird bei steigenden Ölpreisen als ein Ärgernis empfunden. Man kann aber nicht völlig außer acht lassen, dass der Gaspreis bei uns niedriger und weniger volatil ist als z.B. in den USA oder Großbritannien, wo es eine derartige Bindung nicht gibt.
- Allerdings wird von den Produzenten darauf hingewiesen, dass wir Europäer für sie einen Unsicherheitsfaktor darstellen. Sie behaupten, dass sie unsere Märkte nicht aus-

schöpfen können, weil wir die Preise künstlich hoch halten durch überzogene Steuern und Abgaben. Sie vertreten die Position, dass durch diese Belastungen die Nachfrage gedrosselt werde und sie in Zukunft bei uns nicht ausreichend verdienen. Daher sind ihnen andere Abnehmer in der Welt prinzipiell lieber als wir.

- Schließlich war die Politik der Kanzler Kohl und Schröder so schlecht nicht, indem sie auf gute Beziehungen mit Russland setzten - auch wenn dabei manche Ungeschicklichkeiten auftraten. Russland betont deshalb nicht ohne Grund immer wieder, seine Lieferverpflichtungen uns gegenüber penibel erfüllen zu wollen.

3. Gesellschaftliche Tendenzen in Deutschland

3.1. Wissen als „deutscher Rohstoff“

Deutschland hat keine nennenswerten Rohstoffe und wie gezeigt wurde, wandert auch Produktion ab. Wir können mit preislicher Konkurrenz auf den Weltmärkte nicht mithalten. Wir verkaufen intelligente Produkte, know how und komplexes Systemlösungen. Wir haben nur den Rohstoff „Wissen“ und Erfindungsreichtum unserer Bevölkerung. Damit ist Deutschland wirtschaftlich aufgestiegen. Außerdem gilt das alte Sprichwort „Wissen ist Macht“. Wissen ist also nicht nur eine wirtschaftliche und kulturelle Kategorie. Wettbewerbsvorteile im Zeichen der Globalisierung können wir uns nur erarbeiten, wenn wir uns auf Faktoren zurückbesinnen, die einst die Stärke der deutschen Wirtschaft in der internationalen Arbeitsteilung begründet haben. Bildung, und davon abgeleitet Forschung, Entwicklung, Innovation und Kreativität sind hier an allererster Stelle zu nennen. Auch die viel geschmähten „Sekundärtugenden“ gehören hierzu: Fleiß, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Genauigkeit und Ordnung. In Wahrheit sind dies keine „Sekundärtugenden“, mehr denn je sind sie heute in der internationalen Arbeitsteilung der Schlüssel zum Erfolg.

Technologischer Vorsprung ist eine permanente Aufgaben und muss immer wieder aufs neue erarbeitet werden. Diese Herausforderung wird bis zum Überdruß wiederholt. Wir müssen besser sein, stehen allerdings in der Gefahr, schlechter zu werden. Dies ist nicht hinreichend erkannt, viel weniger angenommen: Der Skeptizismus, wenn nicht die Feindlichkeit gegenüber allem Neuen, Unbekannten und Ungewohnten, insbesondere in der Technik ist in Deutschland eine politische Grundkonstante. Stets werden die Risiken überbetont gegenüber den Chancen. Deutsche Unternehmen gehen ins Ausland um ungestört vor öffentlichen Angriffen und kriminellen Übergriffen in sensiblen Bereichen Forschung betreiben zu können. Technologische Potentiale werden bei uns abgebaut. Es ist nur selbstverständlich, dass mit dem Ausstieg aus der Atomenergie auch die Atomforschung in Deutschland ihr Ende findet. Die Rückkopplung in die Medizinwissenschaft ist nur noch eine Frage der Zeit.

Diese bedenkliche, wenn nicht Existenz gefährdende Entwicklung lässt sich mittlerweile in Zahlen fassen:

- 6 Prozent aller Ausgaben weltweit für Forschung und Entwicklung wurden im Jahre 2005 in Deutschland getätigt. 1981 waren es noch 11 Prozent, 1991 noch 9,2 Prozent. Und in China wird mittlerweile doppelt so viel Geld für diesen Bereich ausgegeben wie in Deutschland.
- 8,4 Prozent aller weltweit anerkannten Fachpublikationen in den Natur-, Ingenieur- und Medizinwissenschaften entfielen auf Forscher aus Deutschland. Nach einem steilen Anstieg in den 90er Jahren nimmt dieser Anteil wieder ab.
- Der Zuwachs des FuE-Personals in China in den sieben Jahren 1997-2004 übersteigt die Gesamtzahl aller in Deutschland tätigen Forscher.

- 16,5 Prozent aller OECD-Exporte an Technologiegütern macht Deutschland zum exportstärksten Land von Technologiegütern weltweit. Aber: „Deutschlands Spezialisierung im Außenhandel auf Technologiegüter geht zurück,“ und „Struktur und Dynamik der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands sind deutlich zu verbessern.“ Dies sind Zahlen und Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Bundesregierung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands vom März 2006.

Die Bundesregierung hat sich daher zum Ziel gesetzt, den Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis zu Jahre 2010 auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Die Zukunft wird zeigen, ob wirklich genügend Finanzmittel im Bundeshaushalt und in der Wirtschaft dafür bereit gestellt werden.

3.2. Die Altersstruktur

Darüber hinaus muss die Frage beantwortet werden, die für diesen Bereich bisher nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat: werden wir in Zukunft überhaupt noch in ausreichendem Maße über Menschen verfügen, die die oben genannten Eigenschaften verkörpern können. Dies ist die Frage nach der zukünftigen Bevölkerung, deren Struktur und deren Ausbildung. Die These lautet: es werden in Zukunft die jungen dynamischen, erfindungsreichen und kreativen Menschen fehlen, allein der Zahl nach.

Das Thema der Bevölkerungsentwicklung wird in der Öffentlichkeit manchmal auch mit einem falschen Zungenschlag diskutiert. Viele Probleme, die uns heute bedrücken, werden mit der „demographischen Katastrophe“ in Verbindung gebracht. Das stimmt so pauschal nicht. Deshalb sollte man auch hier etwas genauer hinschauen.

Zwar ist die Bevölkerungszahl eines Landes an sich ein politischer Machtfaktor. Mit heute 82,2 Mio. Einwohnern belegen wir weltweit einen der vorderen Plätze. Wenn die Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes und anderer Institutionen zutreffen, werden wir im Jahre 2050 vermutlich nur noch 75,1 Mio. Einwohner haben. Aber das ist ein weit in die Zukunft reichender spekulativer Blick.

Die Vorausschau in die nähere Zukunft hat demgegenüber etwas Bedrückendes. Nicht die Bevölkerungszahl wird unser Problem sein sondern unsere Altersstruktur. Wir schrumpfen nicht, wir vergreisen. Und: diese Entwicklung ist nicht mehr abzuwenden, denn die meisten Personen, die betroffen sind, leben bereits. Und Bevölkerungsprozesse sind immer langfristig und unbemerkt. Die Kinder, die nicht geboren sind, sieht man in den Strassen nicht.

Dabei befinden wir uns in einer Zangenbewegung. Einerseits werden heute nur noch 60 Prozent der Kinder geboren, die den Bestand ohne Zuwanderung aufrecht erhalten würden. Dies bedeutet nicht nur eine emotionale Verarmung unserer Gesellschaft sondern hat auch gravierende wirtschaftliche Folgen. Denn andererseits werden wir immer älter. Die Lebenserwartung eines heute geborenen Mädchens beträgt nach der neuesten Sterbetafel des Statistischen Bundesamtes mehr als 80 Jahre. (Tabelle 2)

Damit ist aber das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht: die Aktuarvereinigung der Lebensversicherer berücksichtigt in ihrer neuesten Schätzung die voraussichtliche Entwicklung der Medizin, der besseren Umwelt usw. und rechnet für ein im Jahre 2004 geborenes Mädchen mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 102 Jahren, für einen Jungen von 98 Jahren.

Der Altersaufbau der Bevölkerung prägt die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte: Sowohl starke als auch schwache Jahrgänge rücken in höheres Alter vor. Waren vor 50 Jahren noch ein Drittel junge Menschen unter 20 und lediglich 14 Prozent älter als 59, so ist heute lediglich jeder Fünfte unter 20, dagegen erreicht schon fast jeder Vierte das Seniorenalter – fast eine Umkehrung der Verhältnisse.

Tabelle 2

Lebenserwartung bei der Geburt nach verschiedenen Sterbetafeln in Deutschland

	Jungen	Mädchen	Differenz
1871/81	35,58	38,45	2,87
1881/90	37,17	40,25	3,08
1891/1900	40,56	43,97	3,41
1901/11	44,82	48,33	3,51
1910/11	47,41	50,68	3,27
1924/26	55,97	58,82	2,85
1932/34	59,86	62,81	2,95
1949/51	64,56	68,48	3,92
1960/62	66,86	72,39	5,53
1965/67	67,62	73,57	5,95
1970/72	68,61	75,83	7,22
1975/77	70,18	76,85	6,67
1986/88	72,21	78,68	6,47
1991/93	72,50	79,00	6,50
1996/98	74,00	80,30	6,30
2000/2002	75,38	81,22	5,84

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2004

In Zukunft wird sich diese Entwicklung noch stärker auswirken. Die heute etwa 35- bis 40-Jährigen aus den geburtenstarken Jahrgängen – die Baby-Boomer – wechseln ab dem Jahr 2020 allmählich in das Seniorenalter über. Damit wird der Anteil der Älteren an der Bevölkerung zunehmen. (Tabelle 3)

In jeder Fünfjahresperiode bis 2025 werden 1 Mio. Deutsche mehr in Rente gehen als Berufseinsteiger nachrücken. Bis 2030 wird die Zahl der im produktiven Alter Lebenden um über 6 Mio. oder um 13 Prozent abnehmen. Das sind 13 Prozent weniger Facharbeiter, Ingenieure, Lehrer, Universitätsprofessoren usw., wobei die Abnahme in den jüngeren Jahrgängen noch größer ist.

Tabelle 3:

Zukünftige Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands, Anzahl in Mio. und Anteile in %

	1998	%	2030	%	2050	%
Unter 20	17,7	21,6	13,9	17,1	12,1	16,1
20 –unter 40	24,6	30,0	} 39,5	} 48,7	} 35,4	} 47,2
40 –unter 60	21,9	26,7				
60 und älter	17,9	21,8	27,9	34,4	27,6	36,7
80 und älter	3,0	3,7	7,3	9,0	9,1	12,0
Bevölkerung	82,1	100	81,2	100	75,1	100

Quelle: Statistisches Bundesamt, neunte koordinierte Bevölkerungsprognose, 2000.

3.2. Belastungen der kommenden Generationen

Es fehlen aber nicht nur die Jahrgänge, die Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen lassen sollen. Diese Jahrgänge haben auch eine besonders hohe Last zu tragen. Denn die Verschiebung der Altersstruktur hat gravierende Auswirkungen auf alle sozialen Sicherungssysteme. Um die damit verbundenen Belastungen abzuschätzen, wird das Verhältnis der Bevölkerung im Rentenalter als Gruppe potenzieller Empfänger von Leistungen der Rentenversicherung oder anderer Alterssicherungssysteme zur Bevölkerung im Erwerbsalter ermittelt. Diese Relation wird als Altenquotient bezeichnet. Entsprechend dem bisherigen tatsächlichen durchschnittlichen Rentenzugangsalters wird von 60 Jahren als Altersgrenze für das Rentenalter ausgegangen. Das Erwerbsalter wird mit 20 bis 59 Altersjahren abgegrenzt. Die Vorausrechnungen des Statistischen Bundesamtes kommen zu folgenden Ergebnissen: (Tabelle 4)

Tabelle 4

Die Entwicklung von Alten- und Belastungsquotient

Jahr	Altenquotient	Belastungsquotient
1995	37	
1999	41	89
2001	44	
2030	89	125

- 2001 lag der Altenquotient bei 44. Das heißt: 100 Menschen im Erwerbsalter standen 44 Personen im Rentenalter gegenüber. Noch 1999 betrug dieser Quotient 41 und 1995 37. Diese kurzfristige starke Erhöhung folgt aus dem Aufrücken der starken Geburtenjahrgänge aus Mitte bis Ende der 1930er Jahre in die Gruppe der 60-Jährigen und Älteren und dem gleichzeitigen Hineinwachsen der schwach besetzten Geburtenjahrgänge ab 1975 in das Erwerbsalter. Es kommen also weniger junge Menschen in das Erwerbsalter nach als aus der mittleren Altersgruppe in die ältere überwechseln.
- Dieser Quotient steigt 2030 auf 89 Rentner zu 100 Erwerbstätigen. Das bedeutet eine Verdopplung innerhalb einer Generation. Jede Person im erwerbsfähigen Alter hätte dann nicht ganz seinen eigenen Rentner, den er unterhalten muss. Unter Status quo Bedingungen bedeutet diese eine gewaltige Umverteilung von den Erwerbstätigen hin zu den Rentnern. Mit einer Verdopplung der Rentenbeiträge von heute 20 auf mindestens 40 Prozent wäre zu rechnen. Dies ist aber nur die halbe Wahrheit. Jeder vierte Euro, der für Renten ausgegeben werden, stammt aus dem Bundeshaushalt. Auch hier wäre eine kräftige Aufstockung nötig. Manche Beobachter sehen daher schon den „Krieg der Generationen“ ausgebrochen.⁴
- Es wird manchmal argumentiert, die Vergreisung der Gesellschaft sei unter Finanzierungsgesichtspunkten nicht schlimm, weil ja weniger junge Menschen nachwachsen würden. Dann brauche man für diese weniger aufbringen. Das ist allerdings eine Fehlkalkulation, denn der Belastungsquotient unter Beachtung der Kinder und Jugendlichen bis 20 Jahre wird von 89 pro hundert Erwerbstätige im Jahre 1999 auf 125 pro hundert Erwerbstätige im Jahre 2030 steigen.

⁴ Der EU-Währungskommissar Almunia stellte fest: „Wenn sich die ‚meisten Mitgliedstaaten nicht daran machen, die Renten-Zeitbombe zu entschärfen, wird sie in den Händen unserer Kinder und Enkelkinder explodieren, weil sie die Lasten nicht mehr tragen könne.“ Zitiert nach D. Drewes, ZU wenig Kinder, zu viele Ältere, Generalanzeiger, 13.10.2006.

4. Lösungsansätze in der Diskussion

4.1. Höhere Geburten

Zur Überwindung der Vergreisung der deutschen Gesellschaft wird immer wieder ein Anstieg der Geburten verlangt. Ist dies eine Lösung des Problems? Eine drastische Erhöhung der Geburten ist kein Weg:

- Zunächst müsste die Geburtenzahl pro Frau sofort von derzeit ca. 1,4 auf 3,8 steigen. Das ist mehr als selbst in den Entwicklungsländern - im Durchschnitt 2,9 Kinder - beobachtet wird und damit illusorisch.
- Zudem sind Bevölkerungsprozesse nur sehr langfristig wirksam. Ein heute geborenes Kind ist erst in 20 Jahren eine vollwertige Arbeitskraft. Es gilt die Faustregel: was in einer Generation (25 Jahre) versäumt wurde, kann erst in 75 Jahren aufgeholt werden.
- Außerdem können Geburten glücklicherweise nicht angeordnet werden.

Was sind die Ursachen für diese Entwicklung? Es gibt eine Vielzahl von Gründen, die kontrovers diskutiert werden. Zwei scheinen mir aber wesentlich zu sein:

- Die Kosten eines Kindes sind extrem hoch.⁵ Damit sind nicht gemeint die Ausgaben für Windeln oder Babynahrung. Es sind die Alternativkosten die dadurch entstehen, dass heute meist beide Ehepartner arbeiten und dass bei der Geburt eines Kindes üblicherweise die Frau - zumindest teilweise - aufhört zu arbeiten und dass damit ein Gehaltsteil entfällt. Zumindest bei einem zweiten Kind hört für die Familie meist der Status der Doppelverdiener fort. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist in der Vergangenheit der Wunsch nach Kindern insbesondere bei den Männern rapide gesunken.
- Ein anderer Grund ist: Frauen wollen dauerhafte Geborgenheit und Zuverlässigkeit ihrer Partner, wenn sie ein Kind großziehen und auf Einkommen verzichten. Darauf können sie in aller Regel bei den heutigen Bedingungen, unter denen eine Partnerschaft geschlossen wird, nicht vertrauen. Der Begriff der „Lebensabschnittspartnerschaft“ ist nicht aus der Luft gegriffen. Das reicht aber zur „Aufzucht“ von Kindern nicht.

Um das Ziel einer bestandserhaltenden Geburtenrate von zwei Kindern pro Frau zu erreichen, müsste sich die Familienpolitik vor allem auf einen Abbau der lebenslangen Kinderlosigkeit konzentrieren. Die gilt insbesondere für Akademikerinnen, die besonders wenige Kinder bekommen. Die von der Bundesregierung angestoßenen und in der letzten Woche im Parlament verabschiedeten finanziellen Anreize in Form des Elterngeldes können zwar wirken, eine Trendwende wird dies nicht bringen. Eine Gesundung der Familien und der Entwicklung der Kinderzahlen wird es erst geben, wenn sie wieder eine Funktion haben, wie z.B. die Alterssicherung.

4.2. Höhere Zuwanderung

Ein weit verbreitetes Argument lautet, dass verstärkte Zuwanderung unsere Probleme lösen könne. Zuwanderung ist nicht nur ein Risiko für den Abbau der Arbeitslosigkeit und für die Aufrechterhaltung unseres Bildungsniveaus. Sie behebt auch nicht unsere demographischen

⁵ Nach einer neueren Studie der EU-Kommission kostet ein Kind bis zum Ende der Ausbildung 350.000 Euro, inklusive aller Sozialabgaben und Einbußen. Zitiert nach D. Drewes, ZU wenig Kinder, zu viele Ältere, Generalanzeiger, 13.10.2006.

Probleme. Wie selbstverständlich geht man davon aus, dass wir in Zukunft Zuwanderung haben werden. Auch in der Wirtschaft werden Ausländer als unverzichtbar erklärt ohne sich über die Größenordnungen und die Kosten im Klaren zu sein:

- Um eine Konstanz der Bevölkerung zu erreichen, wären nach der Prognose der UN-Bevölkerungsabteilung bis 2025 für Deutschland ein Wanderungssaldo – also die Differenz zwischen Zu- und Wegziehenden - von 279.000 Zuwanderern pro Jahr nötig, danach von 408.000. Vorausgesetzt wird zudem, die Zahl der Kinder pro deutscher Frau steigt von derzeit 1,4 auf 1,6 Kinder. Unter Integrationsgesichtspunkten ist dies illusorisch. Derzeit kommen weniger als 200.000 Zuwanderer pro Jahr.
- An der Universität Bielefeld ist im Auftrag der bayrischen Staatsregierung ein Gutachten zu “Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung” erstellt worden. Untersuchungen dieser Art sind leider noch Mangelware in Deutschland. Umso mehr sind die Ergebnisse zu beachten. Das Gutachten kommt zu dem Schluss: Um die Zahl der Erwerbspersonen dauerhaft auf dem derzeitigen Niveau zu halten, müssten nach Deutschland bis zum Jahr 2050 über 180 Mio. jüngere Menschen zuwandern. Gründe für diese enorm hohe Zahl sind: ein Großteil der Zuwanderer bleibt nicht dauerhaft, sondern nur eine begrenzte Zeit, sie altern genau so schnell wie die Deutschen und bekommen in der zweiten Generation genau so wenige Kinder wie die Deutschen.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass unsere demographischen Probleme durch Zuwanderung nicht gelöst werden können. Bereits heute ist Deutschland mit 7,3 Mio. ausländischer Mitbürger und einem Ausländeranteil von 9 Prozent das Land in der EU mit den meisten Ausländern. Man kann den demographischen Abstieg Deutschlands durch eine beschleunigte Zuwanderung höchstens lindern, wenn man die Zuwanderung unterstützt, die uns nützt – indem man beispielsweise Mindeststandards von den Zuwanderern verlangt, wie es z.B. die USA oder Australien tun. Dies ist eine Forderung des DIHK von Juni dieses Jahres.

Die Green Card war ein richtigen Ansatz in dieser Richtung. Aber auch hier gibt es Widerspruch insbesondere von Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul. Sie befürchtet einen „brain drain“ der Entwicklungsländer und fordert eine freiwillige Verpflichtung, die Abwerbung von Fachkräften aus armen Länder zu unterlassen. Die EU soll einen solchen „Verhaltenskodex“ verabschieden.

Das Gutachten legt den Schluss nahe, dass jede Zuwanderung die Integrationsfähigkeit von Staat und Gesellschaft berücksichtigen muss, und dass derzeit die Grenze der Integrationsfähigkeit in Deutschland erreicht ist. Die Kosten der Zuwanderung würden eine Höhe erreichen, die Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft insgesamt hat und den Rahmen für eine punktuelle Berücksichtigung einzelner Branchen und Betriebe sprengt.

Eine Ausweitung der Zuwanderung bringt gesellschaftlich und kulturell erhebliche Risiken, vor allem wenn die Mehrheitsbevölkerung in großen Städten und Ballungsräumen sowie in bestimmten Altersgruppen in die Minderheit gerät. Dann ist eine Integration nicht mehr möglich. Die gesellschaftlichen Risiken und Kosten sind nach dem Gutachten wesentlich höher und für den Staat von größerer Tragweite als die mit der Schrumpfung der Bevölkerung verbundenen Konsequenzen. Schon heute sind die Chancen für eine erfolgreiche Integration gerade in den großen Städten nur noch bedingt möglich. Das gilt auch, wenn jeder beeindruckende Fälle von integrierten Ausländern kennt. Integration wird noch schwerer, wenn in vielen deutschen Städten ab 2010 der Anteil der Zugewanderten bei den unter 40-Jährigen die 50 Prozent Marke erreicht, beziehungsweise überschritten wird. Es stellt sich dann die Frage: wer integriert wen?

Auf jeden Fall ist Zuwanderung eine Schicksalsfrage für Deutschland, nicht nur für die Wirtschaft. Denn die gesellschaftlichen und kulturellen Konsequenzen einer Fehlentscheidung in dieser Frage lassen sich auf Jahrzehnte hin nicht korrigieren oder niemals mehr.

4.3. Arbeitslosigkeit und Arbeitsqualität

Ein anderes Argument lautet: Das Problem der Arbeitslosigkeit löst sich von selbst, weil von unten immer schwächere Jahrgänge nachwachsen. Dann werden Ressourcen frei, die anders genutzt werden können. Denn gut 10 Prozent der Erwerbspersonen sind arbeitslos, einschließlich der stillen Reserve sind es rund 15 Prozent.

Es stimmt zwar, dass ein verschärfter Facharbeitermangel heute schon vorhanden ist. Es spricht allerdings einiges dafür, dass parallel dazu die Arbeitslosigkeit nicht abnehmen wird, auch wenn die Bevölkerungsentwicklung dies nahe legt. Eine hohe Arbeitslosigkeit wird es auch in 10 Jahren noch geben. Die langsame Erholung derzeit baut nur die konjunkturelle Arbeitslosigkeit ab, nicht die strukturelle. Der Grund ist die mangelnde Qualifikation der Arbeitslosen und der jungen Menschen. Fast 30 Prozent der Arbeitslosen haben keine abgeschlossenen Schul- oder Berufsausbildung. Für diese Menschen wird es auch in Zukunft keine Arbeit geben. Sie werden in der modernen globalisierten Gesellschaft nicht gebraucht.

Die Qualifikation der Jugend in Deutschland wird demnächst mehr und mehr von den ausländischen Jugendlichen bestimmt. Die neuerliche Auswertung der internationalen Pisa-Studie von 2003 unter dem Aspekt ausländischer Schüler hat im Mai dieses Jahres nicht nur die bisherigen Bildungsdefizite von Zuwanderern in Deutschland bestätigt. Die Situation ist noch viel schlimmer als gedacht. Die wesentlichen Schlüsse dieser neuen Analyse sind:

- das Bildungsdefizit ausländischer Schüler in Deutschland ist das größte unter allen untersuchten Industrieländern.
- 40 Prozent der 15-jährigen Schüler mit Migrationshintergrund⁶ werden bildungsmäßig vermutlich nicht in der Lage sein, eine Lehrstelle anzutreten.
- Dabei schneiden die Migrantenkinder der zweiten Generation schlechter ab als die zugewanderten Jugendlichen der ersten Generation.
- Der Abstand zu gleichaltrigen deutschen Kindern, die international auch schon am unteren Ende rangieren beträgt ein Schuljahr, zu vergleichbaren Migrantenkindern in anderen Ländern drei Jahre.

Allzu schnell wurden diese Ergebnisse als Folge von überholten Schulformen in Deutschland gesehen. Der Gedanke, dass sie vor allem ein Problem mangelnder Integration bestimmter Ausländergruppen ist, die auf eine fehlerhafte Einwanderungspolitik zurück zu führen ist, durfte erst gar nicht aufkommen. Die Diskussion über die Ganztagschule, die Abschaffung der Hauptschule usw. war wieder einmal - wie so häufig in letzter Zeit - ein symbolischer Akt einer ideologisch belasteten Politik, aber kein Beitrag zur Problemlösung.

Denn hier wird eine völlig verkehrte Diskussion geführt. Es geht nicht um Integrations- und Bildungspolitik sondern um Einwanderungspolitik und Erziehung, was keineswegs das gleiche ist. Erfreulich in diesem Zusammenhang ist, dass jetzt auch in diese Richtung diskutiert wird. So fordert die neueste Shell-Jugendstudie vom September, die im Abstand von vier Jahren erstellt wird, einen Pflichtkurs in Erziehung für Eltern, bevor die Kinder in die Kindertagesstätten oder die Grundschule kommen. Und das Buch des ehemaligen Rektors der Schule Schloss Salem Bueb „Lob der Disziplin“ wird in der Öffentlichkeit nicht niedergemacht, wie das vielleicht noch vor 10 Jahren der Fall gewesen wäre.

⁶ Viele Kritiker sprechen angesichts der aktuellen Integrationsdebatte von „Migrationsvordergrund“.

Darüber hinaus gilt es zu beklagen: Es wird zwar über die Bildungsmisere gejammert, die wirtschaftlichen Folgen daraus werden jedoch kaum thematisiert. Geht man davon aus, dass in absehbarer Zeit fast die Hälfte der Jugendlichen – zumindest in Großstädten - einen Migrationshintergrund haben werden, würde das pro Jahr gemäß den Vorgaben der genannten zweiten Pisa-Auswertung die „Produktion“ von etwa 100.000 bis 140.000 neuen potentiellen Sozialhilfeempfängern bedeuten, ohne Berücksichtigung der wachsenden Zahl ausbildungsunfähiger deutscher Schüler. Es geht der Begriff der „Überflüssigen Generation“ um. Die ganze Trostlosigkeit dieser jungen Leute kommt darin zum Ausdruck, dass Schüler der durch ihre Gewaltprobleme bekannt gewordenen Rütli-Schule in Berlin als Berufswunsch „Hartz IV“ angegeben haben.

Das immer wieder angesprochene Problem der mangelnden Sprachfähigkeit ist sicher wichtig und ein Nachteil z.B. im Vergleich zu anderen Zuwanderungsländern wie Frankreich oder Großbritannien. Dort gibt es diese Sprachprobleme nicht. Doch fehlende Sprachkompetenz macht das Ausmaß dieser Katastrophe nur unzureichend deutlich. Da kommen Kinder in die Schule, die haben noch nie ein Buch gesehen. Eine Schere kennen sie nicht, so dass sie nicht einmal am Bastelunterricht teilnehmen können. Sie müssen lernen, einen Bleistift zu halten. In bestimmten Vierteln unserer Großstädte haben es Eltern, Schule, Jugendamt und Polizei aufgegeben, die Schulpflicht durchzusetzen. Drogenhandel, Gewalt, Erpressung, Waffen, maffiaähnliche Strukturen sind an manchen Schulen Tagesprobleme. Wir beklagen „no go areas“, in unseren Städten, in die Ausländer nicht gehen sollten. Es gibt aber auch „no go areas“ für die deutsche Polizei und für das deutsche Bildungssystem.

Der Analphabetismus, der in Deutschland seit den Zeiten des Preußenkönigs Friedrich II. nur noch ein Randproblem war, ist heute wieder aktuell. Nach 250 Jahren Schulpflicht haben wir ca. 3.5 Millionen Analphabeten in Deutschland.

Unsere derzeitige Bildungs- und Integrationspolitik wird die Arbeitslosigkeit auch in Zukunft hoch halten. Darüber hinaus wird sich der verhängnisvolle Trend der letzten 25 Jahre fortsetzen: in dieser Zeit hat sich die Zahl der Ausländer in Deutschland mehr als verdoppelt, die Zahl ausländischer Arbeitnehmer ging aber zurück.⁷ Zusätzliche Zuwanderung geht daher vornehmlich in die Sozialsysteme. Hier wird sich auch auf Dauer nichts ändern: in früheren Generationen war ein starkes Motiv für Bildung „Meine Kinder sollen es einmal besser haben.“ Diese Leistungsmotivation entfällt heute bei vielen Deutschen und noch mehr Ausländern. Die Menschen leben in einer saturierten Gesellschaft und große Teile der unteren einwandernden sozialen Schichten kennen dieses Motiv nicht. Das Qualifikationsgefälle zwischen Zuwanderern und einheimischer Bevölkerung wird sich weiter vergrößern.

Mit dem Integrationsgipfel, den Bundesinnenminister Schäuble einberufen hat und der fortgeführt werden soll, ist ein erster Anfang gemacht nach jahrzehntelanger Ignorierung dieses Problems. Das reicht aber nicht. Folgende Schritte sind nötig: Vor dem Hintergrund der bereits bestehenden Integrationsprobleme sollen Stufen der Integrationspolitik:

- Akzeptierung der hier lebenden Ausländer und deren nachdrückliche Integration in unsere Gesellschaft.

⁷ Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Arbeitslosigkeit unter Migranten höher ist als unter Deutschen, der Sozialhilfebezug ist höher und auch die Krankheitskosten sind höher. Insofern sollte das Zitat eines Vertreters des Islamrates in Deutschland in der sonntäglichen Sendung von Frau Christiansen am 24.9.2006 „Wir haben dieses Land mit aufgebaut“, zu mehr Forschung auf diesem Gebiet anregen. Denn das Zitat signalisiert einen hohen Anspruch bei 500.000 türkischen Beschäftigten unter 36 Mio. in Deutschland (1,4%). Derzeit haben Zuwanderer aus der Türkei zu 21 Prozent keinen Schulabschluss und zu 58 Prozent keine Schulausbildung. iwd, Nr.40,2006, S.8.

- Begrenzung der Zuwanderung auf diejenigen, die wir brauchen.⁸ Von denjenigen, die immer wieder behaupten, Deutschland sei ein Einwanderungsland wird allerdings nicht anerkannt, dass diese Länder sich ihre Zuwanderer aussuchen. Das tun wir nicht. Dabei wird es auch um die Korrektur internationaler Verträge gehen. Es stellt sich auch die Frage: Worin besteht eigentlich die Begründung und Verpflichtung, dass Deutschland bei der Bewältigung der Bevölkerungs- und Arbeitsmarktprobleme der umliegenden muslimischen Länder helfen muss und damit letztlich bei deren Probleme?
- Verlängerung der Aufenthaltsdauer der Migranten in Deutschland. Eine der wichtigsten Ursachen der mangelnden Integration ist, dass die Migranten im Durchschnitt nur 10 Jahre hier bleiben und deshalb auch keinen Grund zur Integration sehen. Dieses Problem haben die klassischen Einwanderungsländer nicht.

Wie verträgt sich eigentlich diese Perspektive mit der mit Milliardenbeträgen betriebenen Wissensgesellschaft und mit Eliteuniversitäten? Sollen die Betreiber dieser „Wissensgesellschaft“ nicht nur eine immer stärker wachsende Rentnerzahl ernähren sondern auch eine immer größer werdende Zahl von Personen, die sich im aktiven Alter aus dem Erwerbsprozess ausklinken, ausgeklinkt werden oder erst gar nicht in den Prozess hereingelassen werden?

Ich möchte aus meiner Sicht hinzufügen: Die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt war schon in den 60er Jahren ein Fehler. Sie hat den Druck auf die Unternehmen gemildert, zu rationalisieren und technischen Fortschritt durchzusetzen. Den Druck haben dann die Gewerkschaften gemacht mit der Folge, dass hohe Lohnforderungen zu Arbeitslosigkeit führte.

Diese Klagen über die Zuwanderer sollte uns aber nicht zu Überheblichkeit gegenüber bestimmten Migrantengruppen verleiten: Es ist nicht zu leugnen, dass international ein Wettbewerb um die beste Bildung ausgebrochen ist. Dabei ist Deutschland schlecht aufgestellt. In dem neuesten jährlichen Bericht zur technischen Leistungsfähigkeit Deutschlands von Anfang Juni, den fünf Wirtschaftsforschungsinstitute im Auftrag der Bundesregierung erstellen, wird folgendes festgestellt: Der Qualifikationsstand der Bevölkerung ist in internationalen Vergleichen noch weit überdurchschnittlich hoch. Das gilt jedoch nur für die ältere Generation der 55 bis 64 Jährigen - die wir pikanterweise seit Jahren in die Frühverrentung schicken. Im Bereich er 25 bis 34 Jährigen belegt Deutschland dagegen einen Schlussplatz unter den Industrieländern.⁹ In der Presse ist diese Aussage des Berichts so gut wie nicht zur Kenntnis genommen worden. Das bedeutet, dass die Pisa-Ergebnisse nicht allein ein zufälliges Problem der 15jährigen Schüler ist, sondern dass sie den aktuellen Bildungs- und Wissensstand eines großen Teils der deutschen Bevölkerung wiedergibt.¹⁰ Im weltweiten Ranking der Universitäten

⁸ Eine neuere Studie des Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung Essen kam letztes zu dem Ergebnis, dass „europäische Gesellschaften... auf hoch qualifizierte Zuwanderer“ angewiesen sein werden. RWI: Discussion Paper No.47, www.rwi-essen.de/dp.

⁹ Für die Zukunft wird in einer EU-Studie festgestellt: „Deutschland wird im Jahre 2030 nur noch 85 Prozent der heutigen Arbeitnehmer zur Verfügung haben. Und die werden nicht optimal ausgebildet sein. Unternehmen werden in Länder auswandern, in denen sie genügend Arbeitskräfte finden.“ Zitiert nach D. Drewes, Zu wenig Kinder, zu viele Ältere, Generalanzeiger, 13.10.2006.

¹⁰ Der Verfasser hat im Jahre 1991 eine Zusammenstellung von damaligen Untersuchungen zur Qualität des Faktors Arbeit in der Bundesrepublik erstellt. Damals galt die Qualität insbesondere der jüngeren Arbeitnehmer im internationalen Vergleich noch als hervorragend. Horst-Dieter Westerhoff, „Der Faktor Arbeit als internationales Standortkriterium“, „Diskussionsbeiträge aus dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Universität-Gesamthochschule Essen“, Nr. 79, Oktober 1991, S. 6ff.

steht eine deutsche auf Platz 45. Die USA geben vergleichbar doppelt so viel Geld für höhere Bildung aus wie Deutschland.

Politisch gilt es die Fehler der Vergangenheit in der Bildung zu korrigieren, nämlich :

- Vernachlässigung der Spitzebegabungen,
- Ausweitung der Breite über das vernünftige Maß hinaus,
- Abschreibung der Basis.

4.4. Verlängerte Arbeitszeiten

Allerdings verläuft die Abnahme des Arbeitskräftepotentials im Zeitablauf nicht gleichmäßig. Sie beginnt langsam und verschärft sich später. Die bis 2020 nur mäßige Abnahme des Arbeitskräftepotenzials um rd. 8 Prozent bietet den benötigten zeitlichen Spielraum zur Vorbereitung und Durchführung einer von Zuwanderungen weitgehend unabhängigen Arbeitsmarktpolitik. Dabei scheint nur eine Kombination verschiedener Maßnahmen sinnvoll. Ich will hier nur auf drei eingehen: die Verlängerung der Arbeitszeit, die Erhöhung der Erwerbstätigkeit und die Erhöhung der Produktivität.

Um längere Arbeitszeiten für die jetzt in das Berufsleben Eintretenden werden wir nicht herumkommen. Das betrifft sowohl den Urlaub, die Wochenarbeitszeit und die Lebensarbeitszeit. Eine Verkürzen der Renten- und Schulzeit wird kommen. Es ist eine Illusion zu glauben, dass man die demographischen Probleme stemmen kann mit der weltweit kürzesten Arbeitszeit.

Die Jahresarbeitszeit könnte gemessen an den USA um etwa 300 Stunden pro Jahr ausgeweitet werden (längere Wochenarbeitszeiten, mehr Vollzeitarbeit, kürzerer Urlaub). Hier liegt eine Reserve von etwa 20 Prozent.

Würden die Arbeitnehmer de facto nicht im Durchschnitt mit 60, sondern mit 65 oder 66 Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheiden, könnte sich das Arbeitsvolumen um weitere etwa 15 Prozent erhöhen. Dabei ist allerdings die Beschäftigungssituation der älteren Menschen in Deutschland nicht rosig. Die Arbeitslosenquote der 55-64jährigen liegt mit 11,3 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt der EU15-Länder. Gleichzeitig ist die Erwerbsbeteiligung der Älteren hierzulande äußerst gering. Nicht einmal jeder zweite nimmt noch aktiv am Erwerbsleben teil. Diese Entwicklung war Anfang der 90er Jahre politisch gewollt und der Arbeitsminister Blüm hat die Weichen in diese Richtung gestellt um Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden. Es zeigt sich daran, dass einmal eingeführte Lösungsversuche in ihr Gegenteil umschlagen, wenn sie nicht zum richtigen Zeitpunkt korrigiert werden. Dem stehen dann allerdings meist die Verteidigung von durch die Maßnahme aufgebauten Besitzständen entgegen.

Insgesamt besteht ein unausgeschöpftes Potenzial an Arbeitsstunden von bis zu 50 Prozent der heute eingesetzten Stunden. Vermutlich sind gewisse Einschränkungen der Eigenarbeit und Schwarzarbeit bei der Berechnung des Arbeitsstundenpotentials gegen zu rechnen. Ein Vorteil bleibt aber auch für diesen Teil, weil diese Tätigkeiten in effizientere offizielle Arbeit überführt würde.

Die von der Großen Koalition beschlossene Erhöhung der Renteneintrittsgrenze von 65 auf 67 Jahre wird zu einer Absenkung des Altenquotienten auf 47 führen – einem etwas höheren Wert als heute bei der Altersgrenze von 60 Jahren.

Allerdings wird es bei diesem Gang schwierige politische Widerstände zu überwinden sein. Wenn es um die Erhöhung der Arbeitszeit geht - selbst in weiter Zukunft wie bei dem Renteneintrittsalter - kommen plötzlich merkwürdige Argumente auf den Tisch:

- Die mit Gewerkschaftsmacht Mitte der 80er Jahre durchgedrückte 35 Stunden-Woche wurde damals damit begründet, dass den Arbeitnehmern eine gerechte Beteiligung am wirtschaftlichen Fortschritt zustünde. Heute wird die Arbeitszeitverkürzung als Mittel gegen Arbeitslosigkeit gepriesen. Allein die Forderung nach der gleichen Sache mit völlig entgegen gesetzten Begründungen zeigt, dass es hier allein um Machtpolitik und um Besitzstände geht.
- Ein Argument ist auch: Das Aussterben der Deutschen sei nicht so schlimm. Das wird von denen behauptet, die den Deutschen eine weltweite Vorbildfunktion in Sachen Umweltschutz und Friedenspolitik zusprechen. Diese moderne Variante des „am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ gilt dann plötzlich nicht mehr.

Die Verlängerung der Arbeitszeit in all ihren Varianten wird angesichts der demographischen Probleme kommen, auch wenn man sich noch so vehement dagegen stemmen wird:

- Es ist bemerkenswert, wie die Öffentlichkeit auf die Überlegung von Finanzminister Steinbrück reagierte, als er zu bedenken gab, ob die Deutschen nicht auf einen Urlaub im Jahr verzichten sollten und mehr für ihre eigene soziale Sicherung ausgeben sollten.
- Die Streiks wegen 18 Minuten täglicher Mehrarbeit der Angestellten im öffentlichen Dienst in Süddeutschland war ein Zeichen der Hilflosigkeit. Außerdem haben die Gewerkschaften dem Image des öffentlichen Dienstes einen Bärendienst erwiesen, weil die Bevölkerung bereits sehr viel weitsichtiger ist.

4.5. Höhere Erwerbsquoten

Im internationalen Vergleich haben wir keine Spitzenposition, was die Erwerbsquote – also das Verhältnis von Erwerbstätigen zur Gesamtbevölkerung - betrifft. Dies liegt vor allem daran, dass bei uns Frauen weniger häufig im Arbeitsleben stehen als in anderen Ländern. Hier liegt ein Potential, das aktiviert werden wird. Wir werden in Zukunft nicht auf die Arbeitskraft der Frauen verzichten können. Gleichzeitig zeichnet sich ein gesellschaftlicher Umbruch ab. Unser Familienbild und unser Geschlechterverhältnis wird sich ändern, ob wir wollen oder nicht, zumal die Frauen heute einen deutlich höheren Bildungsstand haben als Männer. Das Familienministerium stellte kürzlich in einem Bericht fest: „Während das Bildungsniveau der Männer stagniert, steigt es bei den Frauen weiter.“ Dazu einige Hinweise:

- In den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts waren 60 Prozent der Gymnasiasten Männer und 40 Prozent Frauen. Heute ist das Verhältnis beinahe umgekehrt.
- Heute sind 40 Prozent der 17-19 jährigen Mädchen Schüler an der gymnasialen Oberstufe aber nur 30 Prozent eines Jungenjahrgangs.
- An Hauptschulen sind heute die Mehrzahl, genau 57 Prozent, Jungen. Auch die Mehrzahl der Schulabbrecher sind Jungen.
- Die Hälfte aller Studenten ist heute weiblich, auch wenn sie in den naturwissenschaftlichen Fächern noch in der Minderzahl sind.
- Seit 2000 hat sich das traditionelle Bild, dass nämlich die Frauenarbeitslosigkeit höher ist als die der Männer umgekehrt. 2005 betrug der Abstand immerhin 0,7 Prozentpunkte.

Wie weit dieser Prozess schon fortgeschritten ist, zeigt sich daran, dass die Zahl männlicher Erwerbstätiger seit 1991 um 2,5 Mio. zurückgegangen ist. Das waren meist gering qualifizierte Arbeitsplätze. Gleichzeitig wurden 1,5 Mio. Arbeitsplätze für Akademiker geschaffen, wo-

von 60 Prozent von Frauen besetzt wurden. Gesucht sind heute Qualifikationen, die vermehrt von Frauen erfüllt werden, insbesondere alle Formen der Dienstleistungen. Der Wandel von der Industrie- zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft kommt insbesondere den Frauen zu Gute. Schließlich sei darauf hingewiesen, dass weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit bei uns Soldatinnen Dienst an der Waffe tun. Ein noch vor 10 Jahren unvorstellbarer Vorgang.

Allerdings ist nicht zu leugnen, dass diese Entwicklung unter den gegebenen Bedingungen in der Wirtschaft im Widerspruch zur angestrebten höheren Geburtenrate steht. Auch hier wird den Männern in Zukunft viel abverlangt werden.

4.6. Steigerung der Produktivität

Ein weiteres Argument setzt an der Produktivität der Wirtschaft an. Je höher die Wertschöpfung einer Person ist, um so leichter ist eine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten oder zu erreichen. Auch zukünftige Belastungen sind leichter zu tragen.

Unsere volkswirtschaftliche Produktivitätsentwicklung ist allerdings nicht vornehmlich technologisch durch bessere Verfahren und Produkte bestimmt. Sie ist lohngetrieben. Höhere und nicht verkraftbare Löhne lassen regelmäßig die „Grenzbetriebe“ aus dem Markt ausscheiden, die die Lohnerhöhungen nicht auffangen oder überwälzen können. 40.000 Insolvenzen jedes Jahr führen zur Vernichtung des aktivsten Humankapitals der Bevölkerung. Der Unternehmer als Gesellschaftsbild verschwindet. Das Ausscheiden der Grenzanbieter aus dem Markt ist eine Hauptursache für Arbeitslosigkeit.

Da verwundert es nicht, dass die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ganzer Industriezweige bei uns in den letzten Jahren zugenommen, gleichzeitig die technische Wettbewerbsfähigkeit abgenommen hat. Früher gab es eine ganze Reihe von Branchen, die weltweit technologische Spitze waren. Dazu gehörten der Maschinenbau, Chemie, Pharmazie, Anlagenbau, Automobil, Atomtechnik, Optik. Heute sind wir das unangefochten nur noch beim Automobil. Für die Gesamtwirtschaft reicht das für eine führende Industrienation nicht.

Wir sind aber nicht schlechter geworden sondern die andern besser. Und in den modernsten Technologien wie der Nanotechnologie, der Telekommunikation, der Biotechnologie und der Gentechnik sind wir allenfalls Durchschnitt. Nur merken wir das nicht so schnell, weil diese Prozesse langfristig und schleichend ablaufen. Geschäftsbeziehungen, Lieferverträge usw. ändern sich nur langsam.

Hinzu kommt, dass wir den jungen und qualifizierten Teil der Arbeitnehmerschaft nicht pfleglich behandeln:

- Das gilt zunächst für ausbildungswillige und –fähige Jugendliche, die keine Ausbildungsplätze finden.
- Junge Akademiker bleiben heute teilweise auf Dauer ohne feste Anstellung. Praktika, Werkverträge, befristete Arbeitsverträge – teilweise ohne Entlohnung - treten an ihre Stelle. Das Wort von der „Generation Praktikum“ geht um. Trotzdem findet man hier eine hohe Motivation, denn sie alle wollen in feste Arbeitsverhältnisse kommen. Hier wird von der nachwachsenden Generation eine hohe Flexibilität am Arbeitsmarkt verlangt, nur um den fest Angestellten keine Flexibilität abfordern zu müssen. Die Gewerkschaften sind auch im Generationenverhältnis einmal mehr Interessenvertreter der Arbeitsbesitzer.

Allerdings wird es auch hier gelingen, diese Flexibilitäten des Arbeitsmarktes zu beseitigen. Die Grünen haben im Deutschen Bundestag den ersten Antrag gestellt, hier reglementierend einzugreifen.

- Außerdem ist die Entlohnungsstruktur völlig aus dem Lot. Da bekommen wenig Qualifizierte am Band bei VW für 28,5 Wochenstunden vergleichbare Einkommen wie junge Fachärzte nach 12 Jahren Studium und einer 70-Stunden-Woche. Der Medizinerstreik ist da verständlich. Nicht Qualifizierte werden zu hoch und hoch Qualifizierte zu niedrig bezahlt.

Was nicht bedacht wird, ist, dass bei zu teuren Arbeitsplätzen für wenig Qualifizierte der Arbeitsplatz auswandert, während der Hochqualifizierte selbst auswandert. Das sind etwa 100.000 Personen pro Jahr, insbesondere Fachkräfte und junge Familien mit kleinen Kindern. Die Auswanderungszahlen von Deutschen liegt heute so hoch wie nach dem Ende des Krieges aus dem zerstörten Deutschland. Die bevorzugten Auswanderungsländer sind die klassischen USA, Kanada und Australien, aber auch Schweiz, Dänemark und Norwegen.

Nach einer Untersuchung des deutsch-amerikanischen Center for Reseach on Innovation and Society (CRIS) verlassen 15 Prozent aller deutschen Hochschulabsolventen Deutschland zumindest vorübergehend. Allerdings kamen früher ca. 50 Prozent dieser Personen nach Deutschland zurück, heute sind es nur noch 25 Prozent. Meist sind es die Besten. Damit wird insbesondere die Forschung in den USA subventioniert.

Bevor wir über eine verstärkte Zuwanderung sprechen, sollten wir versuchen, zunächst die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland zu stoppen. Denn es gilt: Je höher die Qualifikation um so höher die Mobilität. Deutschland ist nicht nur ein Zuwanderungsland, es entwickelt sich auch wieder zu einem Auswanderungsland. Es findet eine Zuwanderung von Arbeitslosen in die Sozialsysteme und eine Abwanderung von Arbeitsplätzen und qualifizierten Deutschen statt. Abwanderungen sind ein Alarmzeichen: sie signalisieren sinkende Loyalität und steigende Frustration der Bevölkerung.

5. Chancen der Problemlösung

5.1. Die öffentlichen Haushalte

Wie ist der Staat auf diese Entwicklungen eingestellt? Verfügt er über die Mittel, um hier steuernd einzugreifen? Ist die Handlungsfähigkeit des Staates gesichert? Die Antwort lautet eindeutig: nein! Wie bei einem Unternehmen stellt sich die Frage nach dem Finanzstatus.

Die offen ausgewiesene Staatsverschuldung beträgt zurzeit rund 1.600 Mrd. Euro. Das sind für jeden Bürger vom Säugling bis zum Greis etwa 17.000 Euro. Die Zinslast der öffentlichen Haushalte lag im letzten Jahr bei über 66 Mrd. Euro. Mit der explizit ausgewiesenen Staatsverschuldung ist es allerdings alleine nicht getan. Betrachtet man die Staatsverschuldung unter dem Aspekt der langfristigen Belastung künftiger Generationen und damit der Gesamtwirtschaft, muss man neben der in den Staatshaushalten ausgewiesenen Staatsverschuldung auch die so genannte „verdeckte“ oder implizite Verschuldung der Sozialversicherungs- und Versorgungssysteme einbeziehen. Schon heute sind es nicht nur und nicht einmal vorrangig die Steuern, sondern die Sozialabgaben, die einen gewaltigen Keil getrieben haben zwischen Lohnkosten der Arbeitgeber und den Nettolohn, zwischen den Betrag, den der Arbeitgeber für eine Arbeitsstunde zahlt, und den Betrag, den der Arbeitnehmer erhält.

Nur zwei Beispiele sollen angeführt werden, die diese aufkommende Belastung verdeutlichen:

- Die Krankheitskosten sind bei über 60-Jährigen etwa sechsmal so hoch wie bei unter 60-Jährigen. Allein dieser Alterseffekt wird die Krankheitskosten in einer älter werdenden Gesellschaft unter sonst gleichen Bedingungen bis 2030 um 240 Prozent steigen lassen. Und die besonders tückische Alterskrankheit Alzheimer beispielsweise wird sich nach Schätzungen von Medizinerinnen in den nächsten 10 Jahren verdreifachen.
- Betrachtet man den Rentenbezug auf individueller Ebene, so war die Situation zur Zeit der Einführung der Rente unter Bismarck folgendermaßen: Lebensarbeitszeit bis 67, durchschnittliche Rentenbezugsdauer: 2 Jahre oder 3 % des gesamten Lebens. Heute treten wir mit 20 Jahren in das Berufsleben und gehen mit 60 de facto in Rente. Bei einer Lebenserwartung von 80 Jahren wird die Hälfte des Lebens nicht gearbeitet und die Menschen beziehen ein Viertel ihres Lebens eine Rente.

Um einen Eindruck davon zu gewinnen, wie groß der Handlungsdruck in den Sozialversicherungen ist, sollte man sich eine Vorstellung über die verdeckte Verschuldung in den einzelnen Systemen verschaffen. Nach den Berechnungen, die der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Gutachten 2003/4 angestellt hat, liegt die abdiskontierte implizite und explizite Verschuldung des Gesamtstaates bei rund 6 Billionen Euro. Während der ausgewiesene Schuldenstand bei über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt – im übrigen auch die Verletzung des zweiten Maastrichtkriteriums – fehlt zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen staatlichen Leistungsniveaus langfristig das Bruttoinlandsprodukt von drei Jahren. (Tabelle 4)

Tabelle 4

Die ausgewiesene und die verdeckte Verschuldung des Staates, aktueller Stand und Barwerte (Diskontierungsfaktor 4%)

	Stand 2006, in Mrd. Euro
Ausgewiesene Staatsverschuldung	1.500
Gesetzliche Krankenversicherung	650-700
Gesetzliche Pflegeversicherung	150
Gesetzl. Rentenversicherung, Staatszuschuss	1.170
Gesetzl. Rentenversicherung, Beitragszahler	2.340
Arbeitslosenversicherung	240
Beamtenversorgung, alle staatlichen Ebenen	550
Beamtenversorgung, Postbedienstete	150
Summe	6.800
Summe Sachverständigenrat, 2004	6.000

Quelle: Vortrag Prof. Dr. Eekhoff

Über diese Zahlen ist heftig diskutiert worden, die Methoden ihres Zustandekommens sind kritisiert worden. Als sicher kann man jedoch folgendes feststellen:

- Die Ansprüche an die künftigen Generationen aufgrund der umlagefinanzierten Sozialversicherungen und der Beamtenversorgung sind weitaus größer als die Belastungen durch die offen ausgewiesene Staatsverschuldung. Diese implizite Verschuldung wird lediglich nicht bilanziert. Im Gegensatz zur offenen Staatsverschuldung gibt es keine Gläubiger mit eindeutig definierten Forderungstiteln.
- Die hohe Abgabenlast ist dramatisch, weil für diese Zahlungen keine kapitalgedeckten Gegenleistungsansprüche erworben werden. Die Anspruchsberechtigten in den Sozial-

versicherungen haben nicht selbst für ihren Lebensunterhalt einschließlich der Gesundheits- und Pflegeaufwendungen vorgesorgt, sondern sie sind darauf angewiesen, dass die Ansprüche von Personen der künftigen Generationen erfüllt werden.

- Niemand darf sich der Illusion hingeben, im Zweifel könne die Belastung, wie sie nach geltendem Recht besteht, drastisch abgesenkt werden. Die Schulden nicht zu bedienen, also die Forderungen der Inhaber von Staatspapieren oder von Ansprüchen an die Sozialversicherungen gegen die Schulden des Staates als Repräsentant aller Staatsbürger aufzurechnen, ist auch kein Weg. Viele Bürger würden um ihr Erspartes gebracht, wichtige Teile der Altersvorsorge würden vernichtet. Die Spartätigkeit über das Bankensystem würde zusammenbrechen. Es führt kein Weg an einer soliden Haushaltsführung und einer kapitalgedeckten Vorsorge vorbei. Insbesondere Rentenansprüche sind eigentumsähnliche Ansprüche und daher nicht beliebig manipulierbar – also auch nicht beliebig zu kürzen.
- Eine Währungsreform, mit der sich häufig ein Staat seiner Schulden entledigt, ist heute ausgeschlossen. Ein deutscher Währungsschnitt in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist kaum denkbar. Bundeskanzler Kohl sah in der WWU nicht zuletzt auch ein Mittel zur Disziplinierung etwaiger ausgabenfreudiger sozialistischer Regierungen in der Zukunft.
- Die Umlagesysteme sind so gefährlich, weil einfach vorausgesetzt wird, dass die nachfolgenden Generationen in der Lage sein werden, für die gegenwärtige Generation der Berechtigten zu zahlen. Das ist so lange der Fall, solange die Bevölkerungszahl etwa gleich bleibt oder sogar wächst und solange der Anteil der beschäftigten Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung nicht deutlich absinkt.

Die hier angestellten Überlegungen zeigen die gewaltigen Ansprüche, die heute bereits aufgelaufen sind. Die Frage ist, ob die verdeckte Verschuldung, an deren absoluter Höhe nur noch wenig geändert werden kann, sich tatsächlich in vollem Umfang in Beitragssatzsteigerungen und Steuererhöhungen niederschlagen soll. Die angelegte Erhöhung der Abgabenlast würde nicht nur gravierende wirtschaftliche Probleme auslösen und das marktwirtschaftliche System in Frage stellen. Sie könnte den Lebensstandard spürbar absenken und zu erheblichen gesellschaftspolitischen Spannungen führen. Der Ausweg kann deshalb nur darin bestehen

- den Anstieg der verdeckten Verschuldung zu stoppen, also keine weiteren Belastungen mehr auf die künftigen Generationen zu verschieben – hier geht es vor allem um eine Umstellung der Sozialsysteme auf kapitalgedeckte Verfahren. Die derzeit diskutierte Gesundheitsreform wird keinen Beitrag dazu leisten. Die von der SPD geforderte Bürgerversicherung würde die verdeckte Verschuldung sogar noch einmal erhöhen..
- alle Ausgaben in den öffentlichen Haushalten und in den Sozialsystemen rigoros daraufhin zu prüfen, ob sie gestrichen oder verringert werden können – hier geht es u. a. um den Abbau von Subventionen, um die Rückübertragung von Aufgaben auf die Bürger und Unternehmen sowie um das Herauslösen der sachfremden Umverteilung aus den Sozialsystemen.¹¹

Eine Reihe von Reformen setzen hier an, um die zukünftigen Probleme zu bewältigen. Abstriche vom Renteneinkommen sind bereits durch die Rentengesetze der Regierung Kohl, aber auch der Regierung Schröder eingeleitet worden. Stichworte sind: drei Jahre Nullrunden und Nachhaltigkeitsfaktor. Damit sind aber die Probleme noch lange nicht gelöst. Ein hoher Umverteilungsbedarf wird auch noch in Zukunft bestehen. Dabei dürfen zwei Aspekte nicht über-

¹¹ In einer jüngeren Delphi-Studie (Expertenbefragung) der Konrad Adenauerstiftung von Anfang dieses Jahres wird ermittelt, dass drei Viertel der Experten der Meinung sind, dass im Jahre 2020 die gesetzliche Rente nur noch eine Grundsicherung sei. Fast 90 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass dann die gesetzliche Gesundheitsvorsorge auch nur noch eine Grundversorgung sein wird. Zitiert nach „inter|esse“, Nr.1.2006.

sehen werden: Die aktuellen Finanzprobleme der Sozialversicherungen sind noch nicht durch die Altersstruktur der Bevölkerung sondern durch die Arbeitslosigkeit bedingt. Es fehlen ausreichende Beitragszahler, weil es nicht genügend Jobs gibt.

5.2. Die Folgen des Wohlfahrtsstaates

Zuletzt sollte man aber auch die Frage stellen, wie es mit der Durchsetzbarkeit einer solchen Politik steht. Da scheinen die Voraussetzungen nicht gut:

- Bundesweit lässt inzwischen jeder Dritte sein Leben vom Staat finanzieren oder von der staatlich organisierten Sozialversicherungen. 29,9 Prozent aller Deutschen sind von öffentlicher Unterstützung abhängig. Nach Berechnungen des Ifo-Instituts München sind dies sogar 38 Prozent. Die meisten von ihnen sind Rentner (22,1%). Sie haben zwar ihr Leben lang Beiträge gezahlt. Aber wie erwähnt, kommt jeder vierter Euro der Rentenzahlungen aus dem Bundeshaushalt und damit direkt vom Steuerzahler. Die zweitgrößte Gruppe (5,5%) stellen die Arbeitslosen. Dazu gesellen sich Sozialhilfeempfänger, Asylbewerber, Vorruheständler und Bafögempfänger.
- In Berlin, das in vielen Bereichen Vorreiter in Deutschland ist, hängen bereits 49 Prozent der Bürger am Tropf des staatlichen Sozialsystems.
- 1965 waren noch 82,6 Prozent der Erwachsenen erwerbstätig. Heute sind es noch 60 Prozent.

Daraus folgt fast zwangsläufig, was der Chef des Meinungsforschungsinstituts emnid feststellte: „Empfänger staatlicher Transfers wählen generell eher Linksparteien oder die SPD“. Das Abschneiden der Unionsparteien bei der letzten Bundestagswahl, in der von ihnen auf nötige Korrekturen im Sozialsystem hingewiesen wurde, ist eine Bestätigung dieser These. Sie wurde abgestraft. Und so ist es nicht verwunderlich, dass die „Partei der Arbeitslosen“ im gerade abgelaufenen Berliner Wahlkampf nicht mehr Arbeitsplätze forderte, sondern ein „garantiertes Mindesteinkommen“. Dies war zwar nur eine Splittergruppe, aber der Slogan war symptomatisch.

Wenn diese Analyse zutrifft, ist der Zeitpunkt absehbar, zu dem nur noch umverteilt wird. Zukunftsvorsorge, Produktion und Investition werden noch mehr vernachlässigt als dies schon heute der Fall ist. Parteien, die auf Zukunftsausrichtung und Leistungsgerechtigkeit setzen, werden überflüssig.¹²

Diejenigen, die das alles bezahlen müssen, ohne gefragt zu werden und denen man sagt, sie müssten mehr leisten und die ahnen, dass sie auch in Zukunft zur Ader gelassen werden, reagieren mit Fernbleiben von der Wahl, mit Verweigerung und mit Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung und Korruption.

6. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann man folgendes feststellen:

- Die Globalisierung können wir nur bestehen, wenn wir auch in Zukunft international wettbewerbsfähig sind. Das gelingt nur, wenn Deutschland seine Reserven in Wissenschaft und Technologie mobilisiert.
- Die Geburten gehen zurück. Der junge, dynamische Teil der Bevölkerung nimmt ab. Die Gesellschaft vergeist.

¹² Man darf zu Recht von einer „inhärenten Totalitätstendenz“ des Wohlfahrtsstaates oder von einer politischen Falle des Wohlfahrtsstaates sprechen.

- Die Jungen der nächsten Generation werden eine steigende Last zu tragen haben: Das Verhältnis Jüngere - Ältere wird sich dramatisch verschlechtern. Die Lasten aus den sozialen Sicherungssystemen steigen. Sie werden auch ihre eigenen Kinder großziehen müssen. Die Arbeitslosigkeit wird nicht wesentlich sinken. Hinzu kommt, dass die von der nächsten Generation zu tragenden Lasten aus der unkontrollierten Zuwanderung vermutlich größer sind als die der Überalterung.
- Gleichzeitig wird die kommende Generation nur unzureichend auf ihre Aufgabe vorbereitet: Der Qualifikationsstand der jungen Leute, insbesondere von Ausländern, nimmt ab. Wir schöpfen die Potentiale an Arbeitszeit, Erwerbstätigkeit und Produktivität in unserer Volkswirtschaft nicht aus. Gleichzeitig verlagert sich die höhere Qualifikation von der männlichen auf die weibliche Bevölkerung. An Lehrstellen und Positionen für junge Akademiker mangelt es.
- Verschärft wird die Situation dadurch, dass hoch Qualifizierte auswandern.
- Der Staat lebt über seine Verhältnisse. Die verdeckte Verschuldung ist um ein Vielfaches größer als die offene. Seine offene und verdeckte Verschuldung übersteigt das Bruttoinlandsprodukt um ein Vielfaches

Fazit: Ohne Eingriffe in die Verteilungsrelationen der Volkswirtschaft zu Gunsten der heranwachsenden Generation wird es zu riesigen Belastungen dieser Generation kommen. Wir leben über unsere Verhältnisse und auf Kosten unserer Kinder. Die Politik hat sich darauf noch nicht hinreichend eingestellt. Wir reden zwar dauernd über Gerechtigkeit, aber über die „Generationengerechtigkeit“ schweigen wir.¹³ Und eine Stärkung des Wirtschaftswachstums ist notwendig. Rot-grün hat es nicht verstanden, das Wirtschaftswachstum in das Zentrum der Politik zu stellen. Das Wort Wachstum ist kaum einem der Politiker der Regierung Schröder über die Lippen gekommen.¹⁴ Die Große Koalition steht auch in der Gefahr, in dieser Frage ebenfalls zu versagen. Denn zwei Prozent Wachstum sind nicht ausreichend, unsere Probleme zu lösen und wir sind nach wie vor nicht mit an der Spitze.

¹³ Heute ist in der Wirtschaftspolitik der Verteilungsgedanke vorherrschend. Dabei wird von den Vertretern des Gerechtigkeitsgedanken die „innergenerative Gerechtigkeit“ gemeint, konkret die gleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen aller heute am Erwerbsleben teilnehmenden. Die „intergenerative Gerechtigkeit“ wird völlig außer Acht gelassen. Dies ist Ausdruck eines Hedonismus in der Gesellschaft. Geschaut wird nur auf den Augenblick, nicht auf die Langfristigkeit des wirtschaftlichen Tuns. Das führt letztlich dazu, dass die Generation nach dem Krieg unter größten Mühen aufgebaut hat, von der heutigen Generation „verfrühstückt“ wird.

¹⁴ Dazu stellte ein Kommentator mit Blick auf die Wirtschaftspolitik der rot-grünen Bundesregierung fest: es sei ein altes Dogma der Linken, dass sie sich die Volkswirtschaft als eine große Maschine vorstelle, die man mit einpaar Stellschrauben steuern kann. Ihr Denken findet auf der abstrakten Makroebene statt – in Kategorien von Parteien, Massen, Zinssätzen, Gesetzen oder Behörden. Sie haben ignoriert, dass im Zentrum der Volkswirtschaft der einzelne Mensch mit seinen Fähigkeiten, seinem Ergeiz und seinen Phantasie steht. Ch. Keese, Wachstum ist das wichtigste. FTD, 11.3.2002.